

KAUFMANN/KAUFFRAU IM GESUNDHEITSWESEN

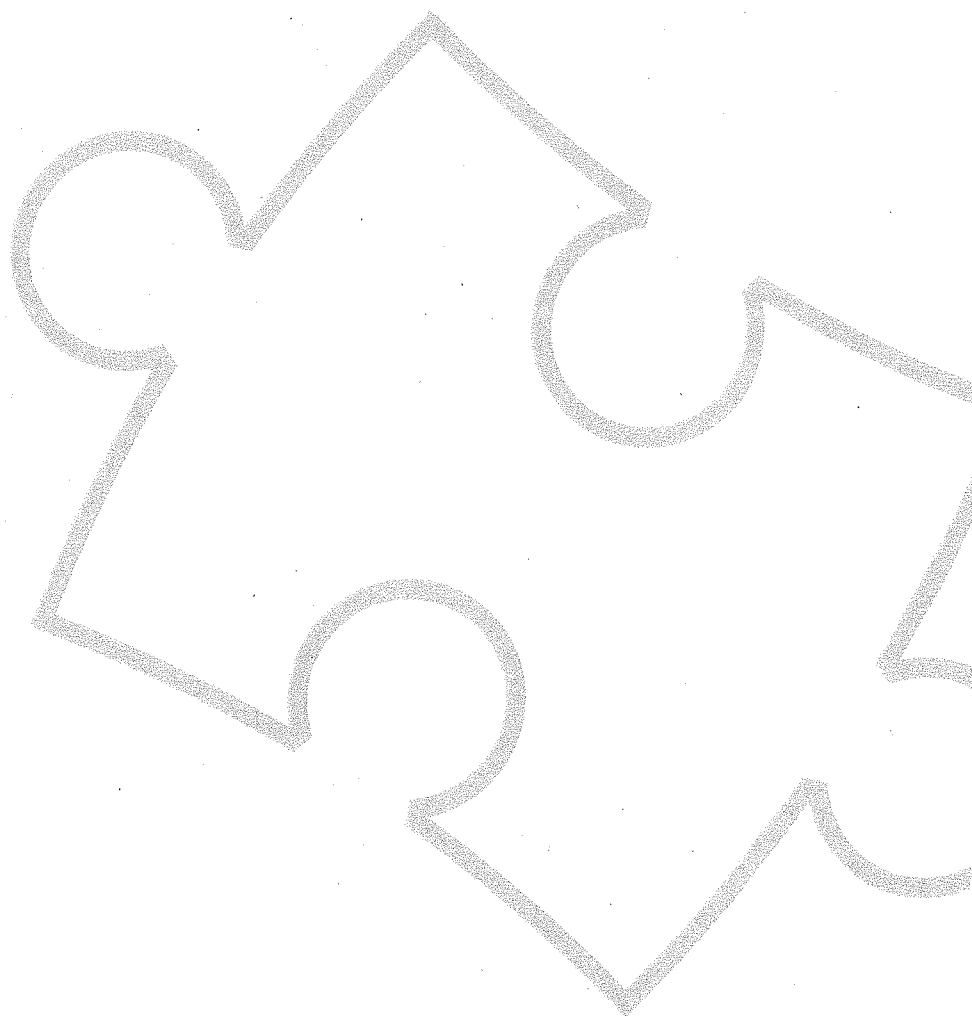
Thomas Künker • Daniela Paus

Lösungserläuterungen

Abschlussprüfung

75 Jahre

IHK-Partner



Sommer 2022 Best.-Nr. 3652122

Bereich	Seite
1 Geschäfts- und Leistungsprozesse	
1.1 Ungebundene Aufgaben	
1. Aufgabe – 4. Aufgabe	5
5. Aufgabe – 8. Aufgabe	6
9. Aufgabe – 10. Aufgabe	7
1.2 Gebundene Aufgaben	
1. Aufgabe – 5. Aufgabe	8
6. Aufgabe – 11. Aufgabe	9
12. Aufgabe – 15. Aufgabe	10
16. Aufgabe – 20. Aufgabe	11
21. Aufgabe – 24. Aufgabe	12
25. Aufgabe – 27. Aufgabe	13
2 Wirtschafts- und Sozialkunde	
1. Aufgabe – 5. Aufgabe	14
6. Aufgabe – 10. Aufgabe	15
11. Aufgabe – 15. Aufgabe	16
16. Aufgabe – 21. Aufgabe	17
22. Aufgabe – 25. Aufgabe	18
26. Aufgabe – 29. Aufgabe	19
30. Aufgabe – 32. Aufgabe	20
3 Gesundheitswesen	
1. Aufgabe – 4. Aufgabe	21
5. Aufgabe – 7. Aufgabe	22
8. Aufgabe – 11. Aufgabe	23
12. Aufgabe – 14. Aufgabe	24
15. Aufgabe – 17. Aufgabe	25
18. Aufgabe – 22. Aufgabe	26
23. Aufgabe	27
24. Aufgabe – 27. Aufgabe	28
28. Aufgabe – 30. Aufgabe	29
31. Aufgabe – 34. Aufgabe	30
35. Aufgabe – 36. Aufgabe	31

1. Aufgabe [3 Merkmale zu je 4 Punkten]

Für die Bepunktung ist es ausreichend, drei Merkmale zu nennen. Es ist keine Abgrenzung zur ambulanten REHA erforderlich. Es gibt also auch Punkte, wenn Rehabilitation als solche beschrieben wird.

- Körperliche oder seelische Beeinträchtigungen lindern
- einen drohenden Pflegegrad abwenden
- eine sich abzeichnende Behinderung abschwächen/verhindern
- nach einem Krankenhausaufenthalt den Gesundungsprozess fortsetzen/festigen
- Psychotherapie / Physiotherapie / Ergotherapie
- zusätzlich zu Therapien sind Unterkunft und Verpflegung Bestandteil der Rehabilitation
- stationäre Rehabilitation ist nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ nur möglich, wenn eine ambulante Rehabilitation das Ziel nicht erreichen würde
- stationäre Rehabilitation bedarf einer ärztlichen Verordnung

2. Aufgabe [5 Punkte für die Rechnung; 3 Punkte für den Antwortsatz]

Bei dieser Rechenaufgabe ist ein Antwortsatz gefordert.

Kapazität = $80 \cdot 365 = 29.200$ Belegungstage

29.200 Belegungstage = 100 %

20.440 Belegungstage = x %

$x = 20.440 \cdot 100\% / 29.200 = 70\%$

Antwortsatz: Das gesteckte Ziel einer Auslastung von 80 % wurde nicht erreicht.

3. Aufgabe [3 Maßnahmen zu je 1 Punkt; 3 Erläuterungen zu je 3 Punkten]

Es dürfen nur Maßnahmen der Kommunikationspolitik als Antworten genannt werden. Maßnahmen aus anderen Bereichen des Marketing-Mix sind falsch.

Bitte darauf achten, dass die genannten Maßnahmen jeweils auch kurz erläutert werden.

Bitte berücksichtigen Sie auch, dass es laut Ausgangssituation um die Kundengruppe „Selbstzahler“ geht.

- Ausweitung der Werbemaßnahmen der Einrichtung, um neue Kunden für das Wellnessprogramm anzusprechen.
- Einsatz von Social-Media Plattformen (Facebook, Youtube...), um auch Kundengruppen zu erreichen, die über traditionelle Medien schlechter zu erreichen sind.
- Einen Tag der offenen Tür veranstalten, um das Selbstzahlerprogramm den Besuchern vorzustellen.
- Teilnahme an Gesundheitsmessen, um Besucher der Veranstaltungen mit Ihrem Angebot vertraut zu machen.

4. Aufgabe [2 * 3 Punkte für die Begriffe; 2 * 3 Punkte für die Beispielfragen]

Offene Fragen ohne vorgegebene Antwortmöglichkeiten. Der Befragte muss/kann die Antwort also frei formulieren.

Beispiel für offene Fragen:

Wie hat Ihnen der Aufenthalt im Medical Wellness Zentrum gefallen?

Welche Angebote haben Ihnen gut gefallen?

Haben Sie Therapieangebote bei Ihrem Aufenthalt vermisst?

Geschlossene Fragen geben Antwortmöglichkeiten vor und die Befragten können keine Antworten außerhalb der Antwortmöglichkeiten geben.

Die Antworten können entweder als ja/nein Auswahl, als Skalen (Beurteilen Sie auf einer Skala von 1 – 6) oder als Multiple-Choice Auswahl vorgegeben werden.

Beispiele für geschlossene Fragen:

Hat Ihnen der Aufenthalt im Wellness Zentrum gefallen? (ja/nein)

Bewerten Sie Ihren Aufenthalt im Wellness Zentrum auf einer Skala von 1-6 (1, 2, ...6)

Würden Sie das Wellness Zentrum weiterempfehlen? (auf jeden Fall – wahrscheinlich – eher nicht – auf keinen Fall)

5. Aufgabe [3 Punkte für die Art der Marktforschung; 3 Punkte für die Begründung]

Es handelt sich um primäre Marktforschung („field research“). Bei der primären Marktforschung werden die benötigten Daten das erste Mal erhoben. Es handelt sich also um neue Daten.

6. Aufgabe [3 * 1 Punkt für die Merkmale; 3 * 3 Punkte für die Begründungen]

Jedes Merkmal muss begründet werden.

- Pflege des Unternehmensimages: Die Online-Darstellung des Unternehmens ermöglicht es mit Fotos und Filmen das Bild des Unternehmens in der Öffentlichkeit zu beeinflussen.
- Public Relations: Eine Homepage kann dazu dienen Öffentlichkeit und Medien über Therapien, Personal und Geschehnisse im Reha-Zentrum zu informieren.
- Gewinnung von neuen Kunden: Über die Homepage haben Interessenten die Möglichkeit sich über die Angebotspalette der Medical GmbH zu informieren und dann zu neuen Kunden zu werden.
- Information über Leistungen und Angebote: Das Leistungsspektrum der Medical GmbH kann mit Bild- und Textdokumenten vorgestellt werden. Auch können die Leistungen anderer Betriebszweige der Medical GmbH dargestellt werden.

7. Aufgabe [6 * 1 Punkt je Inhalt]

Reine Aufzählung ist ausreichend. Grundsätzlich ist es allerdings besser, die Antworten ein wenig zu streuen. Die Antwort „Name, Anschrift, Telefonnummer, Faxnummer, E-Mail-Adresse, Homepage“ erfreut nicht alle Korrektoren.

- Impressum (Anschrift, Telefon, E-Mail)
- Angaben zur Verarbeitung der Daten und zum Datenschutz
- Informationen für Patienten
- Stellenausschreibungen
- Informationen über das Leistungsspektrum
- Kontaktdaten verschiedener Mitarbeiter
- Lageskizze, Anreisebeschreibung, Anbindung an ÖPNV
- Informationen über Schwerpunkte
- Informationen über Kooperationen
- Unternehmensleitbild

8. Aufgabe [5 Punkte für die Rechnung; 3 Punkte für das Marketinginstrument]

Preis für 7 reguläre Behandlungstage: 7 * 125 EUR = 875 EUR

Ersparnis in EUR: 875 EUR - 800 EUR = 75 EUR

Ersparnis in % 875 EUR = 100%

75 EUR = x%

$$x = 75 \cdot 100\% / 875 \text{ EUR} = \underline{\underline{8,57\%}}$$

Das eingesetzte Marketinginstrument ist die Preispolitik.

9. Aufgabe [5 * 2 Punkte je Inhalt/Vorgabe]

Verlangt ist eine Liste mit Inhalten oder Vorgaben für ein Protokoll.

- Protokollanten festlegen
- Verteiler für das Protokoll festlegen
- Termin für Fertigstellung / Verteilung des Protokolls festlegen
- Anwesende / Abwesende verzeichnen
- Datum, Uhrzeit und Ort der Veranstaltung / Besprechung festhalten
- Ergebnisse und vereinbarte Handlungen festhalten
- Protokoll nach Tagesordnungspunkten gliedern
- Länge des Protokolls übersichtlich und „lesbar“ halten
- Neutrale, wertungsfreie Wortwahl
- Festgelegten Folgetermin festhalten

10. Aufgabe [2 * 1 Punkt je Faktor; 2 * 3 Punkte für die Erklärung der Faktoren; 6 Punkte für die Strategie]

Die Aufgabenstellung und die geforderte Lösung sind bei der Korrektur kontrovers diskutiert worden.

Lösungsvorschlag 1:

Als Faktoren sind hier die Bestimmungsgrößen des Marktanteils gemeint. Diese sind das eigene Umsatzvolumen der Medical GmbH und das Marktvolumen des Gesamtmarktes.

Das Umsatzvolumen ist die Menge der von der Medical GmbH abgesetzten Produkte und Dienstleistungen multipliziert mit den jeweiligen Verkaufspreisen.

Das Marktvolumen ist die Summe der Umsatzvolumina aller Marktanteile auf dem untersuchten Teilmarkt in einem bestimmten Zeitraum.

Mögliche Strategien zur Steigerung des Marktanteils der Medical GmbH:

- stärker als der Markt wachsen
- neue Kunden / Zielgruppen ansprechen und gewinnen
- durch Verdrängung oder Erwerb von Mitbewerbern Marktanteile hinzugewinnen
- Veränderung des angebotenen Dienstleistungsportfolios
- alternativen und attraktiveren Standort nutzen
- Variation oder Differenzierung der angebotenen Dienstleistungen

Eine dieser Strategien sollte dann in der Antwort erläutert werden. Beispielsweise so:

Durch gezieltes Nutzen von sozialen Medien sollen neue Kundengruppen erschlossen werden. Durch den Einsatz von Umfragen und sorgfältige Auswertung der Klickzahlen kann diese Kundengruppe dann gezielt angesprochen werden und die Leistungen können vorgestellt und abgesetzt werden.

Lösungshinweis wie er bei der Korrektur auch als richtig gewertet worden wäre:

Als Faktoren dienen hier eher allgemeine Größen wie:

- Einkommenssituation der Haushalte; konjunkturelles Umfeld: das verfügbare Einkommen der Haushalte ist eine wesentliche Bestimmungsgröße für die Nachfrage der Haushalte.
- Umfang der Nachfrage: hier könnte vor allem Nachfrage interessieren, der noch kein oder zu wenig Angebot gegenübersteht.
- Preisniveau: das Preisniveau von Wellness- und Reha-Leistungen gibt den Spielraum vor in dem Preissteigerungen und -senkungen für die Medical GmbH möglich sind. Der Preis einer Dienstleistung hat erheblichen Einfluss auf die absetzbare Menge und damit auf den Marktanteil.
- Konkurrenzsituation: Anzahl und Marktanteil der Mitbewerber haben erheblichen Einfluss auf den Marktanteil der Medical GmbH

Der Antwortteil mit den möglichen Strategien ist identisch.

1. Aufgabe

Zu 1. **Richtig.** Flache Hierarchien führen zu kürzeren Entscheidungswegen und damit zu schnelleren Entscheidungen und zu einer besseren Kommunikation.

Zu 2. Falsch. Flache Hierarchien führen zum Abbau von Hierarchieebenen und damit meist zu weniger Stellen für Führungskräfte.

Zu 3. Falsch. Zum einen ist die Antwort in sich unlogisch. Ein Zuwachs an Personal führt ziemlich sicher nicht zu einer stabilen Kostensituation. Zum anderen haben Stabsstellen und flache Hierarchien zumindest vordergründig keinen direkten Zusammenhang.

Zu 4. Falsch. Weiterbildung von Mitarbeitern ist unabhängig von der Anzahl der Hierarchieebenen.

Zu 5. Falsch. Weniger Hierarchieebenen beschleunigen nicht unbedingt die Aufstiegsmöglichkeiten und führen daher auch nicht zwingend zu einem schnelleren Stellenwechsel.

2. Aufgabe

Zu 1. Falsch. Skonto ist ein prozentualer Preisnachlass, um den Zahlungseingang zu beschleunigen.

Zu 2. Falsch. Ein Bonus ist ein nachträglicher umsatzabhängiger prozentualer Preisnachlass.

Zu 3. Falsch. Ein Jubiläumrabatt wird bei (zumeist) geraden Geschäftsjubiläen des Verkäufers gewährt.

Zu 4. **Richtig.** Ein Naturalrabatt ist eine Rabattform bei der nicht weniger gezahlt wird sondern, der Rabatt in Form von zusätzlicher nicht berechneter Ware gewährt wird.

Zu 5. Falsch. Ein Wiederverkauferabbatt ist ein Rabatt, der einer bestimmten Kundengruppe (Einzelhändlern) gewährt wird.

3. Aufgabe

Zu 1. Falsch. Bei nicht festgelegter Qualitätsstufe darf der Kunde nicht beste Qualität erwarten.

Zu 2. Falsch. Bei nicht festgelegter Qualitätsstufe darf der Lieferant nicht einfach geringe Qualität liefern.

Zu 3. **Richtig.** Bei nicht festgelegter Qualitätsstufe darf der Kunde mittlere Qualität erwarten und der Lieferant muss mittlere Qualität liefern.

Zu 4. Falsch. Die allgemeinen Kundenvorstellungen sind zum einen für den Lieferanten unbekannt, zum anderen sind sie im Streitfall vor Gericht nicht überprüfbar.

Zu 5. Falsch. Auch für die allgemeinen Lieferantenvorstellungen gilt dass sie der Gegenseite nicht bekannt und vor Gericht nicht überprüfbar sind.

4. Aufgabe

Zu 1. **Richtig.** Ein Mangel an einer gelieferten Ware ist unverzüglich nach Entdeckung bei sofortiger Prüfung zu rügen.

Zu 2. Falsch. In Anwesenheit des Frachtführers ist lediglich die Anschrift, die Anzahl der Packstücke und die äußere Unversehrtheit der Verpackung zu prüfen.

Zu 3. Falsch. Ein entdeckter Mangel ist unverzüglich zu rügen.

Zu 4. Falsch. Ein entdeckter Mangel ist unverzüglich zu rügen.

Zu 5. Falsch. Ein entdeckter Mangel ist unverzüglich zu rügen.

5. Aufgabe

Gesamtvermögen = Anlagevermögen + Umlaufvermögen = 21.000.000 EUR

Gesamtvermögen = Gesamtkapital

Gesamtkapital = Fremdkapital + Eigenkapital

Eigenkapital = Gesamtkapital - Fremdkapital = 21.000.000 EUR - 6.000.000 EUR = **15.000.000 EUR**

6. Aufgabe

Zu 1. Falsch. Ein Aktivtausch ist ein Geschäftsvorgang, bei dem zwei Aktivkonten der Bilanz betroffen sind.

Zu 2. Falsch. Ein Passivtausch ist ein Geschäftsvorgang, bei dem zwei Passivkonten der Bilanz betroffen sind.

Zu 3. **Richtig.** Eine Aktiv-Passiv-Mehrung liegt vor, wenn je ein Aktivkonto und ein Passivkonto von dem Geschäftsvorfall betroffen sind und beide mehr werden. Hier sind die Konten „Guthaben bei Kreditinstituten (Bank)“ und „langfristige Bankverbindlichkeiten“ betroffen. Beide Konten werden mehr.

Zu 4. Falsch. Eine Aktiv-Passiv-Minderung liegt vor, wenn je ein Aktiv- und Passivkonto von einem Geschäftsvorfall betroffen sind, aber beide weniger werden.

Zu 5. Falsch. Diese Bilanzveränderung gibt es nicht.

7. Aufgabe

Eigenkapitalrentabilität = Gewinn * 100% / Eigenkapital
= 1.500.000 * 100% / 15.000.000 = **10%**

8. Aufgabe

Anlagenintensität = Anlagevermögen * 100% / Gesamtvermögen
AI (alt) = 12.000.000 * 100% / 20.000.000 = 60%
AI (neu) = 13.000.000 * 100% / 21.000.000 = 61,90%
61,90 % - 60,00% = **1,90%**

9. Aufgabe

Wenn man sich durch die Aufgabe gearbeitet hat, bleibt es ein Fall einer zeitlichen Abgrenzung. Hier sind Erträge, die das kommende Jahr betreffen, bereits im laufenden Jahr erfasst worden. Daher ist eine Passive Rechnungsabgrenzung zu bilden:

Erträge aus Vermietung und Verpachtung an Passive Rechnungsabgrenzung

Richtige Lösung: 4 an 3

10. Aufgabe

Die kalkulatorische Abschreibung wird berechnet als:
Wiederbeschaffungskosten / tatsächliche Nutzungsdauer
= 12.000 EUR / 5 Jahre = **2.400 EUR**

11. Aufgabe

Zu 1. Falsch. Mischkosten sind Kosten, die teilweise fix und teilweise variabel sind. In der Kostenrechnung des Gesundheitswesens werden die kalkulatorischen Abschreibungen als Fixkosten eingestuft. Zusätzlich sind Mischkosten auch kein Thema der sachlichen Abgrenzung.

Zu 2. Falsch. Grundkosten sind alle Kosten, die unverändert aus der Buchhaltung in die KLR übernommen werden. Grundkosten sind also das Gegenteil der kalkulatorischen Kosten.

Zu 3. Falsch. Die kalkulatorischen Kosten spalten sich in Anderskosten und Zusatzkosten. Zusatzkosten sind kalkulatorische Kosten, die zusätzlich und neu entstehen. Es gibt keine Entsprechung in der Buchhaltung. Ein Beispiel wäre der kalkulatorische Unternehmerlohn.

Zu 4. Falsch. Die Abschreibungen zählen nicht zu den Materialkosten.

Zu 5. **Richtig.** Die kalkulatorischen Kosten spalten sich in Anderskosten und Zusatzkosten. Anderskosten sind kalkulatorische Kosten, für die es eine Entsprechung in der Buchhaltung gibt, die aber in der KLR auf andere Art berechnet werden.

12. Aufgabe

Wir suchen zwei richtige Antworten.

- Zu 1. Falsch. Die Dokumentation der Geschäftsvorfälle ist Aufgabe der Finanzbuchhaltung.
 Zu 2. Falsch. Die Auswertung der Bilanz ist Aufgabe der Finanzbuchhaltung und der Betriebsstatistik.
 Zu 3. **Richtig.** Erfassung der betriebsbedingten Aufwendungen zu Kalkulationszwecken ist Aufgabe der KLR.
 Zu 4. Falsch. Die Buchung von Rückstellungen ist Aufgabe der Finanzbuchhaltung.
 Zu 5. **Richtig.** Die Deckungsbeitragsrechnung (=Teilkostenrechnung) ist ein Aufgabengebiet der KLR.
 Zu 6. Falsch. Die Unterscheidung zwischen Eigen- und Fremdkapital ist eine Aufgabe der Finanzbuchhaltung.

13. Aufgabe

- Zu 1. Falsch. Es müssen Rückstellungen gebildet werden. Rückstellungen werden für ungewisse Verbindlichkeiten gebildet, während Rücklagen Bestandteile des Eigenkapitals sind und beispielsweise aus einbehaltenem Gewinn gebildet werden.
 Zu 2. Falsch. Es muss eine Buchung zur Bildung einer Rückstellung vorgenommen werden.
 Zu 3. Falsch. Es muss eine Rückstellung gebildet werden.
 Zu 4. Falsch. Es können keine Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gebucht werden, da noch keine Rechnung vorliegt.
 Zu 5. **Richtig.** Rückstellungen können für Reparaturen gebildet werden, die im ersten Quartal des neuen Jahres nachgeholt werden.

14. Aufgabe

Wir suchen zwei Lösungen.

- Zu 1. Falsch. Maßnahmen zum Schutz vor Feuer und Wasser gehören zum Bereich der Datensicherung.
 Zu 2. **Richtig.** Das Recht eines Menschen über seine Daten und deren Verwendung entscheiden zu dürfen, ist eine entscheidende Grundlage des Datenschutzes.
 Zu 3. Falsch. Datenschutz erfasst alle Daten. Alle digital erfassten Daten, aber auch alle analog erfassten Daten wie Schriftstücke.
 Zu 4. **Richtig.** Der Datenschutz soll den Inhaber der Daten vor deren missbräuchlicher Verwendung schützen.
 Zu 5. Falsch. Die Sicherung von Daten gehört in den Bereich der Datensicherung.
 Zu 6. Falsch. Der Datenschutz hat im Gesundheitswesen eine sehr hohe Bedeutung, da hier besonders sensible Daten verarbeitet werden.

15. Aufgabe

- Zu 1. Falsch. Beim Datenschutz stehen Personen im Vordergrund, bei der Datensicherheit die Technik.
 Zu 2. **Richtig.** Datensicherheit konzentriert sich auf die technischen Maßnahmen zum Schutz von Daten. (Virens Scanner, Passwörter, Sicherungskopien)
 Zu 3. Falsch. Der Datenschutz befasst sich mit dem Schutz von personenbezogenen Daten.
 Zu 4. Falsch. Datensicherheit ist die Aufgabe aller Dateneinhaber, also eine für den Staat, die Unternehmen und natürlich auch Privatpersonen.
 Zu 5. Falsch. Datensicherheit befasst sich mit allen Gefährdungen für den Datenbestand.

16. Aufgabe

- Zu 1. Falsch. Personaldaten von allen Beschäftigten eines Unternehmens unterliegen dem Datenschutz.
 Zu 2. **Richtig.** Die Bilanz einer Unternehmung zählt nicht zu den personenbezogenen Daten. Person bedeutet hier natürliche Person also ein Mensch, nicht eine juristische Person.
 Zu 3. Falsch. Personaldaten von allen Beschäftigten eines Unternehmens unterliegen dem Datenschutz.
 Zu 4. Falsch. Die Mailadresse eines Menschen gehört zu den schützenswerten Daten. Anders würde es aussehen, wenn es sich um eine amtliche/geschäftliche E-Mail-Adresse handeln würde.
 Zu 5. Falsch. Medizinische Daten gehören zu den personenbezogenen Daten und unterliegen damit dem Datenschutz.

17. Aufgabe

- Zu 1. Falsch. Es gibt keine Frist, nach der die Schweigepflicht endet.
 Zu 2. Falsch. Es gibt keine gesetzliche Frist und erst recht keine Faustformel.
 Zu 3. Falsch. Die Schweigepflicht endet nicht mit dem Tod des Patienten.
 Zu 4. **Richtig.** Die Schweigepflicht gilt ohne jede Beschränkung zeitlich fort.
 Zu 5. Falsch. Die Schweigepflicht hat nichts mit dem Prüfungserfolg oder dem arbeitsrechtlichen Status eines ehemaligen Auszubildenden zu tun.

18. Aufgabe

- Zu 1. Falsch. Aufgabe der Bestimmungen zum Datenschutz ist der Schutz von personenbezogenen Daten.
 Zu 2. Falsch. Der Schutz vor Verlust ist eine Aufgabe der Datensicherung.
 Zu 3. **Richtig.** Das Persönlichkeitsrecht eines Menschen erstreckt sich auch auf seine Daten, daher sind diese gesetzlich geschützt.
 Zu 4. Falsch. Der Datenschutz bezieht sich nicht auf Unternehmensdaten.
 Zu 5. Falsch. Der Datenschutz dient der rechtlichen Absicherung von Behörden.

19. Aufgabe

- ein Klassiker...
 Zu 1. Falsch. Falsch sind „maximale Qualität“ und der „größte Lagerort“.
 Zu 2. **Richtig.** Das sind die richtigen Ziele der Logistik.
 Zu 3. Falsch. Falsch ist „auf dem schnellsten Weg“, „minimale Stückzahl“ und „maximaler Aufwand“.
 Zu 4. Falsch. Falsch ist „maximale Qualität“, „beliebige Orte“ und „möglichst geringe Menge“.
 Zu 5. Falsch. Falsch ist „maximale Kosten“.

20. Aufgabe

- Zu 1. **Richtig.** Eine zeitnahe Anlieferung zum Verbrauchszeitpunkt erspart dem Betrieb unnötige Lagerung. Er benötigt also beispielsweise weniger Lagerfläche und auch die Kapitalbindung im Lager wird geringer.
 Zu 2. Falsch. „Stets“ werden sicher keine günstigeren Einkaufsbedingungen erzielt. Es besteht eher im Gegenteil die Gefahr, dass just-in-time angelieferte Waren teurer sind als konventionell beschaffte.
 Zu 3. Falsch. Die Antwort ist bereits in sich inkorrekt. Die Beschaffung neuer Software stellt ja nun keine Kostenersparnis dar.
 Zu 4. Falsch. Es ist eher der gegenteilige Effekt zu erwarten.
 Zu 5. Falsch. Die Überwachung der Liefertermine wird nicht einfacher, sondern aufwendiger.

21. Aufgabe

- Zu 1. Falsch. Wenn der Sollbestand erhöht wird, vergrößert sich der Unterschied zwischen Ist- und Sollbestand weiter.
- Zu 2. **Richtig.** Der Sollbestand muss an den tatsächlichen Bestand angepasst werden.
- Zu 3. Falsch. Es gibt keine Notwendigkeit neue Ware zu bestellen. Außerdem ist überhaupt nicht klar, ob dies ein Artikel ist, von dem wir wöchentlich ein Stück oder 1.000 Stück verbrauchen.
- Zu 4. Falsch. Das würde ja bedeuten, dass wenn der Fehler nie aufgeklärt wird, werde der Artikel nie mehr bereitgestellt.
- Zu 5. Falsch. Wozu alle Artikel nochmals zählen, wenn der Fehler nur bei einem Artikel festgestellt wird.

22. Aufgabe

- Der Mindestbestand ist der Bestand, der immer vorrätig gehalten wird und der uns vor Schwankungen im Verbrauch schützen soll. **3**
- Der Höchstbestand ist die Obergrenze an Material die gelagert werden soll. **2**
- Der Sollbestand ist der Bestand, der laut Warenwirtschaftsprogramm aktuell eingelagert ist. **5**
- Der Istbestand ist der Bestand, der tatsächlich gerade eingelagert ist. Er wird durch die Inventur überprüft. **4**
- Der Meldebestand ist beim Bestellpunktverfahren derjenige Bestand, bei dem wieder bestellt werden soll. **1**

Richtige Reihenfolge: 3 - 2 - 5 - 4 - 1**23. Aufgabe**

- Zu 1. Falsch. Schnellere Zahlungen an die Lieferanten und längere Lagerdauern erhöhen die Kosten der Lagerung.
- Zu 2. **Richtig.** Längere Zahlungsziele und kürzere Lagerdauern senken den Kapitalbedarf der Lagerung. Eine hohe Umschlagshäufigkeit bedeutet eine kurze Lagerdauer.
- Zu 3. Falsch. Diese beiden Größen verhalten sich spiegelbildlich. Man kann sie nicht gleichzeitig senken oder erhöhen.
- Zu 4. Falsch. Schnellere Zahlungen und höhere Bestände erhöhen den Kapitalbedarf der Lagerung.
- Zu 5. Falsch. Die Erfassung von Verderb ändert nichts an der tatsächlichen Situation. Die Kosten bleiben gleich hoch.

24. Aufgabe

Wir suchen zwei richtige Antworten.

- Zu 1. Falsch. Vor- und nachstationäre Behandlungstage sind meist kurze Aufenthalte, daher ist keine Unterkunft und Verpflegung vorgesehen. Vergleiche auch Absatz (1) des abgedruckten §115a aus dem SGB V.
- Zu 2. Falsch. Die vorstationären Behandlungstage sind auf drei innerhalb von fünf Tagen begrenzt. Vergleiche auch Absatz (2) des abgedruckten §115a aus dem SGB V.
- Zu 3. Falsch. Die vorstationäre Behandlung dient der Vorbereitung und der Abklärung der Notwendigkeit des stationären Aufenthaltes. Vergleiche auch Absatz (1) des abgedruckten §115a aus dem SGB V.
- Zu 4. **Richtig.** Die nachstationäre Behandlung ist auf sieben Tage innerhalb von 14 Tagen begrenzt. Vergleiche auch Absatz (2) des abgedruckten §115a aus dem SGB V.
- Zu 5. Falsch. Eine nachstationäre Behandlung findet nur bei medizinischer Notwendigkeit statt. Vergleiche auch Absatz (1) des abgedruckten §115a aus dem SGB V.
- Zu 6. **Richtig.** Der vorstationäre Behandlungstag am 02.01 liegt innerhalb der Frist von 5 Tagen vor der Aufnahme am 05.01 und die nachstationären Behandlungstage am 19.01 und 21.01 liegen innerhalb der Frist von 14 Tagen nach der Entlassung am 17.01. Vergleiche auch Absatz (2) des abgedruckten §115a aus dem SGB V.

25. Aufgabe

DRG C63Z hat eine Relation von 0,558. Die Verweildauer des Patienten liegt bei 12 Tagen. Es werden also 4 Tage Zuschlag wegen Überschreitung der oberen Grenzwelldauer abgerechnet.

Erlös aus Bewertungsrelation $0,558 \cdot 3.450 \text{ EUR} = 1.925,10 \text{ EUR}$

Zuschlag je Tag $0,097 \cdot 3.450 \text{ EUR} = 334,65 \text{ EUR}$

Erlös für vier Tage Zuschlag $4 \cdot 334,65 \text{ EUR} = 1.338,60 \text{ EUR}$

DRG Erlös $= 3.263,70 \text{ EUR}$

26. Aufgabe

Wir suchen zwei richtige Antworten.

- Zu 1. **Richtig.** Vor- und nachstationäre Behandlungstage werden mit Pauschalen abgerechnet. Vergleichen Sie Punkt 2.5.2 des Auszugs aus dem Abrechnungsleitfaden.
- Zu 2. Falsch. Vor- und nachstationäre Behandlungstage können unabhängig voneinander abgerechnet werden.
- Zu 3. Falsch. Nachstationäre Behandlungstage werden mit einer zusätzlichen Pauschale abgerechnet, wenn die der Behandlungstage die obere Grenzwelldauer der betreffenden DRG übersteigt. Vergleichen Sie Punkt 2.5.2 des Auszugs aus dem Abrechnungsleitfaden.
- Zu 4. **Richtig.** Vergleichen Sie Punkt 2.5.2 des Auszugs aus dem Abrechnungsleitfaden.
- Zu 5. Falsch. Vorstationäre Behandlungstage können nicht neben einer DRG-Fallpauschale abgerechnet werden. Nachstationäre Behandlungstage nur wenn die Anzahl der Behandlungstage die obere Grenzwelldauer überschreitet. Vergleichen Sie Punkte 2.5.1 und 2.5.2 des Auszugs aus dem Abrechnungsleitfaden.
- Zu 6. Falsch. Vorstationäre Behandlungstage sind nie neben einer DRG-Fallpauschale abrechenbar. Vergleichen Sie Punkt 2.5.1 des Auszugs aus dem Abrechnungsleitfaden.

27. Aufgabe

Die Pauschale für den vorstationären Behandlungstag ist nicht abrechenbar. Punkt 2.5.1 des Abrechnungsleitfadens. Beide nachstationären Behandlungstage sind abrechenbar, da bereits bei Entlassung die obere Grenzwelldauer erreicht ist und somit die Summe der Behandlungstage über 9 liegt. Punkt 2.5.2 des Abrechnungsleitfadens.

2 Tage $\cdot 38,86 \text{ EUR} = 77,72 \text{ EUR}$

1. Aufgabe

Zu 1. Falsch. Vollbeschäftigung ist ein Ziel aus dem magischen Viereck. Es gehört zur Volkswirtschaftslehre. Das erwerbswirtschaftliche Prinzip hat nichts mit dem Begriff Erwerb in Sinne von Beschäftigung zu tun.

Zu 2. **Richtig.** Das erwerbswirtschaftliche Prinzip bedeutet, dass Betriebe die Maximierung des Gewinnes erreichen wollen.

Zu 3. Falsch. Die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung ist das gemeinwirtschaftliche Prinzip.

Zu 4. Falsch. Beim erwerbswirtschaftlichen Prinzip soll der Gewinn so hoch wie möglich ausfallen.

Zu 5. Falsch. Beim erwerbswirtschaftlichen Prinzip soll der Gewinn so hoch wie möglich ausfallen.

2. Aufgabe

Das Minimalprinzip bedeutet hier eine bestimmte Menge zum niedrigsten Preis zu kaufen. Am besten man rechnet zuerst alle fünf Angebote auf eine gemeinsame Menge (beispielsweise 1 kg) und rechnet die Bruttopreise in Nettopreise um ($1,19$).

Man erhält also folgende Nettopreise je kg:

1. 14,00 EUR
2. 14,20 EUR
3. 16,50 EUR
4. 13,78 EUR
5. 16,00 EUR

Die richtige Antwort mit dem niedrigsten Preis ist also Antwort 4.

3. Aufgabe

Existenzbedürfnisse sind dringend und dienen der unmittelbaren Lebenserhaltung. Sie müssen also sofort erfüllt werden.

Kulturbedürfnisse dienen der Befriedigung geistiger Bedürfnisse (beispielsweise Bildung und Kultur).

Luxusbedürfnisse sind Bedürfnisse, die grundsätzlich einen sehr hohen Einsatz von finanziellen Mitteln erfordern.

Bedarf sind Bedürfnisse, die mit Kaufkraft, mit finanziellen Mitteln ausgestattet sind.

Nachfrage sind Bedürfnisse oder Bedarfe, die tatsächlich am Markt wirksam werden.

Die richtige Reihenfolge lautet: 5 – 1 – 3 – 4 – 2

4. Aufgabe

Das Marktgleichgewicht wird am Schnittpunkt der beiden Linien/Geraden erreicht. An dem Schnittpunkt gilt der Preis von 25,00 EUR bei einer Menge von 40 Stück. Der Umsatz beträgt also $40 \cdot 25,00 \text{ EUR} = 1.000,00 \text{ EUR}$

5. Aufgabe

Der Angebotsüberhang (= Nachfragelücke) liegt in dem Bereich oberhalb des Schnittpunktes der beiden Linien/Geraden vor. Unterhalb dieses Schnittpunktes liegt ein Nachfrageüberhang (= Angebotslücke) vor.

Die richtige Antwort ist also 2.

6. Aufgabe

Zu 1. Falsch. Steigende Preise führen in vielen Fällen zu einem Nachfragerückgang.

Zu 2. Falsch. Ein zunehmender Nachfrageüberhang ist ein Hinweis auf fehlende Güter, da die Nachfrage größer als das Angebot ist. Die Preise werden also steigen. Dies ist ein Verkäufermarkt.

Zu 3. Falsch. Die Stellung von Anbieter (Verkäufer) und Nachfrager (Käufer) hängt nicht mit den Importen und Exporten zusammen.

Zu 4. Falsch. Die Produzenten könnten einen Nachfrageüberhang nur durch Senkung der Produktion erreichen.

Zu 5. **Richtig.** Ein Angebotsüberhang führt in der Regel zu sinkenden Preisen.

7. Aufgabe

Zu 1. Falsch. Die Zahlung von Subventionen ist Merkmal der sozialen Marktwirtschaft.

Zu 2. Falsch. Die Vergabe von Aufträgen durch den Staat an die Unternehmen ist Merkmal der sozialen Marktwirtschaft.

Zu 3. Falsch. Die Veränderung der Abschreibungsbedingungen und damit die Beeinflussung der Steuern ist Merkmal der sozialen Marktwirtschaft.

Zu 4. **Richtig.** Die Einschränkung der Tarifautonomie ist nicht zulässig im System der sozialen Marktwirtschaft.

Zu 5. Falsch. Die Festsetzung der Steuersätze nach sozialen Kriterien ist Merkmal der sozialen Marktwirtschaft.

8. Aufgabe

Zu 1. Falsch. Die Subventionsquote stellt das Verhältnis zwischen Subventionszahlungen und Steuereinnahme dar.

Zu 2. Falsch. Die Lohnquote stellt den Anteil des Einkommens aus Erwerbsarbeit am Volkseinkommen dar.

Zu 3. Falsch. Die Arbeitslosenquote gibt den Anteil der Arbeitslosen an der Anzahl der Erwerbspersonen an.

Zu 4. **Richtig.** Die Veränderung des realen Bruttoinlandsproduktes misst die Steigerung der Wirtschaftsleistung, also des Wirtschaftswachstums.

Zu 5. Falsch. Der Geschäftsklimaindex misst die Beurteilung der wirtschaftlichen Zukunft durch die Unternehmen.

9. Aufgabe

Zu 1. Falsch. Eine Einführung einer CO₂-Steuer bei gleichzeitiger Streichung von Transferzahlungen (BAFög, Kindergeld, Wohngeld) führt zu einem Einkommensverlust der Haushalte und damit zu einem Rückgang des Wirtschaftswachstums.

Zu 2. Falsch. Eine Senkung des Wohngeldes führt zu Einkommensverlusten bei den privaten Haushalten und daher nicht zu einer Steigerung des Wirtschaftswachstums.

Zu 3. Falsch. Eine Erhöhung des Steuersatzes führt zu Einkommensverlusten bei den privaten Haushalten und damit zu einem Rückgang des Wirtschaftswachstums.

Zu 4. Falsch. Eine Erhöhung von Sozialversicherungsbeiträgen und Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen führen ebenfalls zu Einkommensverlusten.

Zu 5. **Richtig.** Die Förderung der Entwicklung neuer Technologien und Investitionen in die Infrastruktur (Verkehr, Mobilfunk) führt zu mehr Beschäftigung und einer Steigerung des Wirtschaftswachstums.

10. Aufgabe

Eine Leitzinssenkung der EZB führt zu einer Verringerung der Kapitalbeschaffungskosten und damit zu einer Verringerung des allgemeinen Zinsniveaus. Die niedrigeren Zinsen führen zu einer erhöhten Kreditaufnahme und zu einer erhöhten Nachfrage nach Produktionsfaktoren. Damit erhöht sich Beschäftigung und Auslastung der Betriebe. Dies führt aber auch zu einer Steigerung der Preise (Inflation)

Richtige Reihenfolge: 1 – 5 – 3 – 2 – 4

11. Aufgabe

- Zu 1. **Richtig.** Die Auftragseingänge sind der klassische Frühindikator für den Wirtschaftsverlauf.
 Zu 2. Falsch. Die Lohnentwicklung findet verzögert zur Entwicklung der Wirtschaft statt. Sie ist also ein Spätindikator.
 Zu 3. Falsch. Auch die Zahl der Firmenpleiten, die Zahl der Insolvenzen, ist ein Spätindikator.
 Zu 4. Falsch. Auch die Steuereinnahmen sind ein Spätindikator.
 Zu 5. Falsch. Die Arbeitslosenquote ändert sich verzögert zum Konjunkturverlauf, ist also ebenfalls ein Spätindikator.

12. Aufgabe

- Zu 1. Falsch. Privater Konsum fördert das Wirtschaftswachstum, führt also nicht zu einer Rezession (= Abschwung).
 Zu 2. Falsch. Zunehmende Nachfrage führt zu einem Aufschwung und nicht zu einer Rezession.
 Zu 3. **Richtig.** Sinkende Konsumnachfrage führt zu sinkenden Umsätzen und damit zu einer sinkenden Wirtschaftslage, also einer Rezession.
 Zu 4. Falsch. Eine Nachfrageerhöhung in Verbindung mit steigenden Preisen führt zu einer Ausdehnung der wirtschaftlichen Tätigkeit und nicht zu einer Rezession.
 Zu 5. Falsch. Investitionen führen zu weiterem Wirtschaftswachstum und nicht zu einem Abschwung.

13. Aufgabe

Klassischer Dreisatz: bitte daran denken: Im Allgemeinen ist die Bezugsgröße jeweils der ältere Wert, also 100%.

$$1,204 \text{ Mrd. EUR} = 100 \%$$

$$1,312 \text{ Mrd. EUR} = x \%$$

$$x = 1,312 \cdot 100\% / 1,204 = 108,97 \%$$

Die Steigerung beträgt also **8,97 %**.

14. Aufgabe

- Zu 1. Falsch. Das Bundesversicherungsamt ist eine Behörde.
 Zu 2. Falsch. Das Bundesversicherungsamt ist keine Bank.
 Zu 3. Falsch. Das Bundesversicherungsamt ist kein privater Haushalt.
 Zu 4. **Richtig.** Das Bundesversicherungsamt ist eine Behörde und damit im Wirtschaftskreislauf dem Sektor Staat zuzuordnen.
 Zu 5. Falsch.

15. Aufgabe

Einnahmen der Haushalte: 100 (Transfer vom Staat) + 300 (Löhne) = 400 GE
 Ausgaben der Haushalte: 150 (Steuern an den Staat) + 200 (Konsum) = 350 GE
 Die Differenz aus Einnahmen und Ausgaben können die Haushalte sparen:
 400 - 350 = **50 GE**

16. Aufgabe

Personengesellschaften sind alle Rechtsformen, bei denen es mindestens einen vollhaftenden Gesellschafter gibt. Dies kann eine natürliche, aber auch eine juristische Person sein. Letzteres ist bei der GmbH & Co. KG der Fall.
 Personengesellschaften sind OHG, KG und GmbH & Co. KG
 Kapitalgesellschaften sind alle Rechtsformen, bei denen es im Allgemeinen keine Form der unbeschränkten Haftung gibt. Auch die Kommanditgesellschaft auf Aktien (KG a.A.) wird als Kapitalgesellschaft angesehen.
 Kapitalgesellschaften sind GmbH, AG, UG und KG a.A.

Richtige Antwort: 2 – 1 – 1 – 2 – 1 – 2

17. Aufgabe

Gewinnverteilung der OHG: „4% des Kapitals; Rest nach Köpfen“

Name	Einlage	Kapitalverzinsung (4%)	Restgewinn	Gesamtgewinn
Böhm	50.000 EUR	2.000 EUR	47.000 EUR	49.000 EUR
Schlosser	100.000 EUR	4.000 EUR	47.000 EUR	51.000 EUR
Gesamt	150.000 EUR	6.000 EUR	94.000 EUR	100.000 EUR

Restgewinn (gesamt) = Gesamtgewinn – Kapitalverzinsung (gesamt) = 100.000 EUR - 6.000 EUR = 94.000 EUR

18. Aufgabe

- Zu 1. Falsch. Eine OHG ist eine Personengesellschaft und keine Kapitalgesellschaft.
 Zu 2. Falsch. Bei der OHG haften alle Gesellschafter unbeschränkt.
 Zu 3. **Richtig.** Die Gesellschafter haften alle für die gesamten Schulden der OHG mit ihrem gesamten Vermögen.
 Zu 4. Falsch. Die Gewinnverteilung bei der OHG erfolgt nicht nach Kapitalanteilen, sondern nach Köpfen.
 Zu 5. Falsch. Es gibt keine Mindestgröße für das Eigenkapital einer OHG. Es heißt auch nicht Stammkapital, sondern wird jeweils als Eigenkapitalkonto der Gesellschafter geführt.

19. Aufgabe

Beim Ausbildungsvertrag muss die Probezeit mindestens einen Monat betragen und darf maximal vier Monate sein.
 Das frühestmögliche Ende der Probezeit ist also am **31.08.2018**.

20. Aufgabe

Das Ausbildungsverhältnis endet entweder mit dem zeitlichen Ablauf des Ausbildungsvertrags (seltener Variante) oder mit dem Tag der Bekanntgabe des erfolgreichen Bestehens der Abschlussprüfung. Also endete das Ausbildungsverhältnis von Herrn Lenz am **30.06.2021**.

21. Aufgabe

- Zu 1. Falsch. In beiden Fällen kann bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses während der Probezeit die Angabe eines Kündigungsgrundes entfallen.
 Zu 2. Falsch. Die Regelungen sind nicht genau gleich. Sie unterscheiden sich beispielsweise bei den Regelungen zur Dauer der Probezeit.
 Zu 3. **Richtig.** Das Berufsausbildungsverhältnis hat eine Mindestprobezeit von einem Monat, während bei einem Arbeitsvertrag auf eine Probezeit auch verzichtet werden kann.
 Zu 4. Falsch. Die Probezeit im Berufsausbildungsverhältnis darf maximal vier Monate betragen.
 Zu 5. Falsch. Während der Probezeit kann das Berufsausbildungsverhältnis ohne eine Einhaltung einer Frist gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beim Arbeitsverhältnis beträgt zwei Wochen.

22. Aufgabe

- Zu 1. **Richtig.** Für Sachschäden bei Verkehrsunfällen (auch auf dem Weg zur Arbeit) übernimmt nicht die Unfallversicherung, sondern die Kfz-Haftpflichtversicherung die Leistung.
- Zu 2. Falsch. Die Krankenversicherung übernimmt die Kosten des Krankenaufenthaltes und zahlt Krankengeld nach dem Ende der Entgeltfortzahlung von sechs Wochen.
- Zu 3. Falsch. In diesem Fall leistet die Unfallversicherung.
- Zu 4. Falsch. In diesem Fall leistet die Arbeitslosenversicherung Zahlungen in Form von Arbeitslosengeld.
- Zu 5. Falsch. Auch hier übernimmt die Arbeitslosenversicherung Zahlungen. Dass auch die Unfallversicherung Leistungen übernimmt, da hier möglicherweise eine Berufserkrankung vorliegt, wäre möglich, ist aber dem Text nicht zu entnehmen.

23. Aufgabe

Entscheidend ist das Alter zu Beginn des jeweiligen Kalenderjahres. Herr Fuchs war zu Beginn des Jahres 2022 noch 17 Jahre alt. Daher hat er Anspruch auf 27 Werktage Urlaub pro Jahr. Allerdings wird dieser Anspruch auf seine tatsächliche Ausbildungszeit im Jahr 2022 (September bis Dezember) heruntergerechnet:

$$27 \text{ Tage} \cdot 4 \text{ Monate} / 12 \text{ Monate} = 9 \text{ Tage}$$

24. Aufgabe

- Zu 1. Falsch. Regelungen zur Vergütung, also auch zu den vermögenswirksamen Leistungen, sind dem (Entgelt-) Tarifvertrag zu entnehmen.
- Zu 2. **Richtig.** Betriebsferien sind auf betrieblicher Ebene mit einer Betriebsvereinbarung zu regeln.
- Zu 3. Falsch. Regelungen zur Vergütung, also auch zu den vermögenswirksamen Leistungen, sind dem (Entgelt-) Tarifvertrag zu entnehmen.
- Zu 4. Falsch. Regelungen zur Vergütung, also auch zu den vermögenswirksamen Leistungen, sind dem (Entgelt-) Tarifvertrag zu entnehmen.
- Zu 5. Falsch. Die Dauer des jährlichen Urlaubs ist grundsätzlich entweder dem Bundesurlaubsgesetz oder dem Mantel-/Rahmentarifvertrag zu entnehmen.

25. Aufgabe

- Zu 1. **Richtig.** Der Arbeitgeber darf vom Tarifvertrag zu Gunsten der Arbeitnehmer abweichen.
- Zu 2. Falsch. Die Regelungen der Tarifverträge sind Mindestbedingungen, nicht Höchstbedingungen.
- Zu 3. Falsch. Von den Regelungen der Tarifverträge kann individuell abgewichen werden.
- Zu 4. Falsch. Es dürfen zwar keine schlechteren, wohl aber günstigere Bedingungen vereinbart werden.
- Zu 5. Falsch. Die Medical GmbH verstößt gegen die Tarifbindung, sobald Arbeitnehmer zu schlechteren Bedingungen arbeiten, als im Tarifvertrag vereinbart.

26. Aufgabe

- Zu 1. Falsch. Diese Aussage ist richtig. Der Arbeitgeber muss Geldmittel für Arbeitsschutzeinrichtungen bereitstellen.
- Zu 2. **Richtig.** Diese Aussage ist falsch. Die Arbeitnehmer müssen keine zusätzlichen Versicherungen abschließen.
- Zu 3. Falsch. Diese Aussage ist richtig. Arbeitgeber und Betriebsrat können Betriebsvereinbarungen abschließen, die den Arbeitsschutz betreffen.
- Zu 4. Falsch. Diese Aussage ist richtig. Der Sicherheitsbeauftragte überwacht die Einhaltung der Unfallverhaltensvorschriften.
- Zu 5. Falsch. Diese Aussage ist richtig. Die Einhaltung von Arbeitsschutzmaßnahmen wird von der Gewerbeaufsichtsbehörde kontrolliert.

27. Aufgabe

- Zu 1. **Richtig.** Die technische Überprüfung der Brandschutztüren ist sicher notwendig, hat aber nichts mit dem Verhalten von Mitarbeitern und Kunden zu tun.
- Zu 2. Falsch. Die Kennzeichnung der Fluchtwege hat eine große Auswirkung auf das Verhalten von Menschen im Brandfall.
- Zu 3. Falsch. Verhaltensregeln für den Brandfall sollen das Verhalten der Mitarbeiter beeinflussen.
- Zu 4. Falsch. Probealarms dienen der Übung von richtigem Verhalten im Brandfall.
- Zu 5. Falsch. Hinweisschilder sollen Kunden und Mitarbeiter auf das richtige Verhalten im Brandfall hinweisen.

28. Aufgabe

- Zu 1. Falsch. Der „Blaue Engel“ ist ein allgemeiner Hinweis auf umweltgerechte Produkte.
- Zu 2. Falsch. Dieses Zeichen ist ein Hinweis auf eine direkte Umweltgefährdung durch dieses Produkt.
- Zu 3. **Richtig.** Dieses Zeichen soll den Recyclingkreislauf symbolisieren.
- Zu 4. Falsch. Das CE-Zeichen bedeutet, dass der Hersteller oder Verkäufer eines Produktes die für das Produkt geltenden Regeln z. B. in Bezug auf Sicherheit und Gesundheitsschutz einhält. Es hat nichts mit Recycling zu tun.
- Zu 5. Falsch. Das 12 M Zeichen gibt Auskunft über die Verwendungsdauer eines Produktes nach der Öffnung. Es wird häufig bei Kosmetika eingesetzt.

29. Aufgabe

- Die Abfolge ist:
- Stelle ausschreiben
 - Bewerbungen an Personalleitung weiterleiten und dort sammeln
 - (Bewerbungen sichten und geeignete Bewerber einladen)
 - Bewerbungsgespräche führen
 - (besten Bewerber auswählen)
 - Zustimmung des Betriebsrates einholen
 - Bewerber endgültig zusagen
 - Arbeitsvertrag ausfertigen und an Bewerber senden
- Positionen in () kommen in der Aufgabe nicht vor.

Richtige Lösung: 3 - 4 - 6 - 2 - 1 - 5

30. Aufgabe

- Zu 1. Falsch. Eine längere Einarbeitungszeit spricht gegen eine externe Personalbeschaffung.
- Zu 2. Falsch. Extern beschaffte Mitarbeiter sind weder produktiver noch unproduktiver als interne Mitarbeiter.
- Zu 3. Falsch. Ein externer Bewerber verursacht insbesondere durch einen höheren zeitlichen Aufwand bei der Beschaffung höhere Kosten.
- Zu 4. **Richtig.** Extern beschaffte Mitarbeiter können aus Ausbildung, Universalität oder früheren Beschäftigungen neue Ideen und Lösungsvorschläge mit in den Betrieb einbringen.
- Zu 5. Falsch. Die Eingliederungsfähigkeit von Mitarbeitern ist ein individuelles Merkmal der Mitarbeiter und kein allgemeines Merkmal des Beschaffungsprozesses.

31. Aufgabe

- Zu 1. Falsch. Der Personaleinsatzplan beinhaltet die tatsächliche Verwendung der Arbeitnehmer im Betrieb.
- Zu 2. Falsch. Der Stellenplan gibt Auskunft darüber, wie viele und welche Stellen es im Betrieb und seinen Abteilungen gibt.
- Zu 3. **Richtig.** Die Stellenbeschreibung enthält unter anderem auch die Anforderungen (Kenntnisse, Qualifikationen) die Stelleninhaber (Bewerber) für die ausgeschriebene Stelle mitbringen müssen.
- Zu 4. Falsch. Die Personalakte enthält alle Informationen über einen Arbeitnehmer, nicht aber Informationen über Stellen.
- Zu 5. Falsch. Die Personalstatistik gibt einen Überblick über die Anzahl der Beschäftigten im Betrieb.

32. Aufgabe

- Zu 1. **Richtig.** Eine konkrete Bewertung von Kenntnissen ist mit Online-Formularen alleine nicht möglich.
- Zu 2. Falsch. Online-Formulare bieten die Möglichkeit, automatisierte Antwortmails zu erzeugen und somit dem Bewerber eine schnelle Eingangsbestätigung zukommen zu lassen.
- Zu 3. Falsch. Mit Online-Formularen kann eine Vorauswahl unter den Bewerbern getroffen werden.
- Zu 4. Falsch. Online-Formulare erhöhen die Vergleichbarkeit, da die benötigten Informationen in vorgegebenen Eingabefeldern abgefragt werden.
- Zu 5. Falsch. Online-Anwendungen erleichtern EDV-basierte Auswertungen.

1. Aufgabe

Der Anspruch auf Kostenübernahme der Krankenhausbehandlung durch die Krankenkasse entsteht erst dann, wenn nach Prüfung durch den Krankenhausarzt bestätigt wird, dass eine andere Behandlung, also teilstationär, vor- und nachstationär oder ambulant nicht ausreichend ist (vgl. hierzu ausführlich § 39 Abs.1 SGB V)!

Daher: **Richtige Antwort 4**

2. Aufgabe

Tendenzbetriebe \triangleq (...) Unternehmen und Betriebe, die unmittelbar und überwiegend politischen, koalitionspolitischen, konfessionellen, karitativen, erzieherischen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Bestimmungen oder Zwecken der Berichterstattung oder Meinungsäußerung, auf die Artikel 5 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes Anwendung findet, dienen (...)

(Vgl. hierzu § 118 BetrVG Abs.1)

- Zu 1. **Richtig** siehe Definition oben
- Zu 2. Falsch ganz klar betriebswirtschaftliche Ziele
- Zu 3. **Richtig** s.o.
- Zu 4. Falsch GmbH = betriebswirtschaftliche Ziele
- Zu 5. **Richtig** s.o.
- Zu 6. Falsch e. K. = betriebswirtschaftliche Ziele
- Zu 7. Falsch ärztliche Partnerschaftsgesellschaft = betriebswirtschaftliche Ziele

3. Aufgabe

§ 52 Abgabenordnung (AO): Gemeinnützige Zwecke

(1) Eine Körperschaft verfolgt gemeinnützige Zwecke, wenn ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern. (...)

Achtung, hier wird die **nicht** zutreffende Aussage gesucht!

- Zu 1. Falsch s.o.
- Zu 2. **Richtig** s.o.
- Zu 3. Falsch da korrekt: Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile aus Mitteln des gemeinnützigen Unternehmens bekommen, lediglich den Wert ihrer eingesetzten Kapitaleinlagen bzw. geleisteten Sachleistungen (vgl. hierzu § 55 AO).
- Zu 4. Falsch vgl. zu 3.
- Zu 5. Falsch s.o.

4. Aufgabe

Sozialversicherungszweig	Träger	Leistung (Bsp.)
Arbeitslosenversicherung	Bundesagentur für Arbeit	Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld...
Krankenversicherung	gesetzliche Krankenkassen	Krankengeld, Arzneimittel...
Pflegeversicherung	Pflegekassen	Pflegesachleistungen, Pflegegeld...
Rentenversicherung	Deutsche Rentenversicherung	Altersrente...
Unfallversicherung	Berufsgenossenschaften	Heilbehandlungen (ärztliche Behandlung, Arzneimittel usw.), Medizinische Rehabilitationsmaßnahmen nach einem Berufsunfall

Daher: **Richtige Antwort 1**

5. Aufgabe

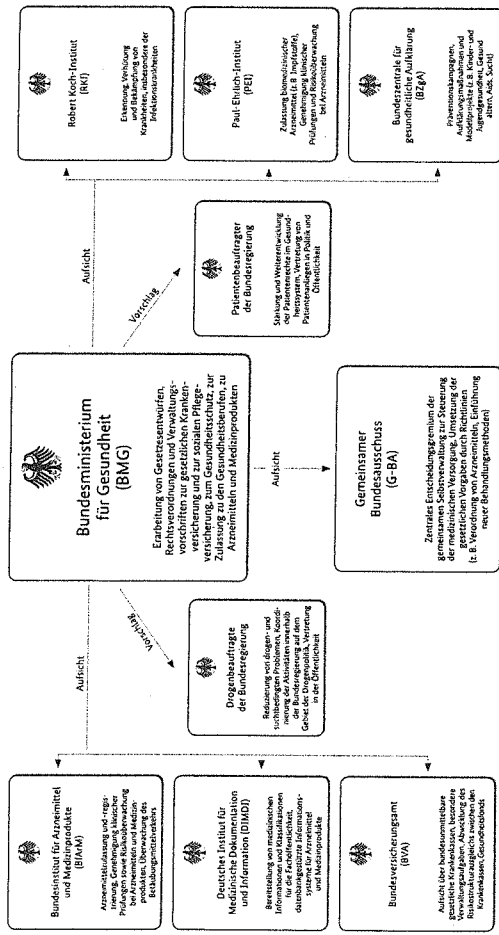


Schaubild „Das Gesundheitssystem“ (Ausschnitt)

Quelle: www.bundesgesundheitsministerium.de

Die richtige Ziffernfolge lautet daher: 2-3-1-4-5

6. Aufgabe

Siehe hierzu ausführlich das Schaubild zu Aufgabe 5.

Achtung, hier wird die **nicht** zutreffende Aussage gesucht!

Daher: Richtige Antwort 3

Anmerkung der Autorin: Antwort 2 ist ebenfalls **nicht** zutreffend.

7. Aufgabe

Behandlung einer Krankheit: alle Maßnahmen, die nach eingetretenen Erkrankung getroffen werden, um diese zu heilen.

Bsp.: Arzneimittelgabe, Operativer Eingriff, Psychotherapie...

Prävention:

hierbei wird unterschieden in

- Primäre Prävention \triangleq Prophylaxe, damit eine Krankheit gar nicht erst entsteht, z. B. Impfungen, Ernährungskurse, Professionelle Zahreinigung.
- Sekundäre Prävention \triangleq Früherkennung von Krankheiten, z. B. Checkups, U-Untersuchungen bei Kindern, Vorsorgeuntersuchungen bei Schwangeren.
- Tertiäre Prävention \triangleq Verhinderung einer weiteren Verschlimmerung einer Krankheit, Folgeschäden vermeiden, z. B. med. Reha, Kur.

Die richtige Ziffernfolge lautet daher: 2-1-5

8. Aufgabe

Siehe hierzu auch die Erläuterungen unter Aufgabe 7!

Achtung, hier werden die **nicht** zutreffenden Aussagen gesucht!

Zu 1. Falsch S.O.

Zu 2. Falsch S.O.

Zu 3. Falsch S.O.

Zu 4. **Richtig** S.O.

Zu 5. **Richtig** Maßnahme der Primärprävention (Nebenbei: Gesetzlich Versicherte haben einen Anspruch auf Schutzimpfungen, Reiseimpfungen für Touristen werden jedoch in der Regel nicht von der gesetzlichen Krankenversicherung bezahlt. Viele Kassen zahlen jedoch mittlerweile unter bestimmten Voraussetzungen freiwillig einige Reiseimpfungen.)

Zu 6. Falsch S.O.

Zu 7. Falsch S.O.

9. Aufgabe

Zu 1. Falsch kann ambulant, teil- und vollstationär durchgeführt werden

Zu 2. Falsch analog wie unter 1.

Zu 3. Falsch analog wie unter 1.

Zu 4. **Richtig** Definition ambulante Rehabilitation: Der Patient begibt sich i.d.R. morgens in die behandelnde Einrichtung und verlässt diese nachmittags oder abends wieder. Ebenfalls möglich: Versorgung durch mobile Physiotherapeuten, die den Patienten zu Hause behandeln.

Zu 5. Falsch analog wie unter 1.

10. Aufgabe

Zu 1. **Richtig** Aussage korrekt, da die BBG (Beitragsbemessungsgrenze) in der gesetzlichen Rentenversicherung im Gegensatz zu derjenigen der GKV deutlich höher ist.

Zu 2. Falsch Eine Senkung des AG-Anteils würde die Einnahmen weiter verringern.

Zu 3. **Richtig** Eine Erhöhung des AN-Anteils erhöht die Einnahmen der GKV.

Zu 4. Falsch Würde Ausgaben steigern.

Zu 5. Falsch Eine Reduzierung der Zuzahlungen würde die Einnahmen weiter verringern.

Zu 6. Falsch Beschäftigungsverhältnisse außerhalb der SV-Pflicht generieren keine Einnahmen!

11. Aufgabe

Achtung, hier wird die **nicht** zutreffende Aussage gesucht!

Zu 1. Falsch siehe § 1 SGB VI: Versicherungspflichtig sind (...) Personen, die gegen Arbeitsentgelt (...) beschäftigt sind (...)

Zu 2. Falsch Siehe unter 1.!

Zu 3. Falsch Freiwilligendienste gelten als Beschäftigung gegen Arbeitsentgelt \rightarrow pflichtversichert (vgl. unter 1.)

Zu 4. Falsch vgl. § 3 Satz 3 SGB VI Sonstige Versicherte

Zu 5. **Richtig** Vgl. hierzu § 5 SGB VI Abs. 1 Satz 1!

12. Aufgabe

Fehlbelegung:

Man unterscheidet:

- Primäre Fehlbelegung: Patient wurde stationär aufgenommen, obwohl dies nicht medizinisch notwendig gewesen wäre.
- Sekundäre Fehlbelegung: Patient verweilt weiter stationär im Krankenhaus, obwohl dies medizinisch nicht (mehr) notwendig wäre.

Zu 1. Falsch s.o.

Zu 2. **Richtig** korrekte Definition, siehe oben!

Zu 3. Falsch s.o.

Zu 4. Falsch s.o.

Zu 5. Falsch s.o.

13. Aufgabe

§ 275c Abs. 1 Satz 2: Prüfung der Abrechnung

(...) Die Krankenkassen können durch Einschaltung des Medizinischen Dienstes (§ 275 Absatz 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch) die Einhaltung der (...) genannten Verpflichtungen prüfen.

Daher: **Richtige Antwort 5**

14. Aufgabe

SGB	Träger	Leistung (Bsp.)
SGB III Arbeitsförderung	Bundesagentur für Arbeit	Arbeitslosengeld I, Kurzarbeitergeld...
SGB V Gesetzliche Krankenversicherung	gesetzliche Krankenkassen	Krankengeld, Arzneimittel...
SGB XI Gesetzliche Pflegeversicherung	Pflegekassen	Pflegesachleistungen, Pflegegeld...
SGB VI Gesetzliche Rentenversicherung	Deutsche Rentenversicherung	Altersrente, Übergangsgeld...
SGB VII Gesetzliche Unfallversicherung	Berufsgenossenschaften	Verletztengeld, Heilbehandlungen (ärztliche Behandlung, Arzneimittel usw.), Medizinische Rehabilitationsmaßnahmen nach einem Berufsunfall
SGB II Grundsicherung für Arbeitssuchende	Bundesagentur für Arbeit, → soweit nicht entsprechende kreisfreie Städte und Landkreise, bzw. andere Träger bestimmt sind (vgl. hierzu ausführlich § 6 Abs.1 SGB III)	ALG II...
SGB XII Sozialhilfe	Örtliche Träger: entsprechende kreisfreie Städte und Landkreise, bzw. „überörtliche Träger“	Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfe zur Pflege...

Die richtige Ziffernfolge lautet daher: **1-6-5-7-2-4-3**

15. Aufgabe

Zu 1. Falsch

Eine Antragsinitiative zur stufenweisen Wiedereingliederung kann von jedem Beteiligten, also sowohl vom Arbeitnehmer, als auch vom behandelnden Arzt, dem Arbeitgeber selbst, einer Klinik, bzw. dem zuständigen Kostenträger erfolgen.

Zu 2. **Richtig**

Damit die stufenweise Wiedereingliederung stattfinden kann, müssen der Versicherte, der Arbeitgeber und der zuständige Kostenträger dem für den Patienten vom Arzt individuell erstellten Wiedereingliederungsplan zustimmen, der die genauen Bedingungen der Wiedereingliederung regelt.

Nebenbei: Der Verlauf der stufenweisen Wiedereingliederung wird vom behandelnden Arzt regelmäßig medizinisch überprüft und gegebenenfalls den individuellen gesundheitlichen Erfordernissen angepasst.

Zu 3. Falsch

Generell verpflichtet § 167 Abs. 2 SGB IX den Arbeitgeber, an Maßnahmen eines Betrieblichen Eingliederungsmanagements mitzuwirken → (...) Sind Beschäftigte innerhalb eines Jahres länger als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig, klärt der Arbeitgeber mit der zuständigen Interessenvertretung (...) die Möglichkeiten, wie die Arbeitsunfähigkeit möglichst überwunden werden und mit welchen Leistungen oder Hilfen erneuter Arbeitsunfähigkeit vorgebeugt und der Arbeitsplatz erhalten werden kann (betriebliches Eingliederungsmanagement) (...).

Der Arbeitgeber kann allerdings eine stufenweise Wiedereingliederung zunächst in bestimmten Fällen ablehnen, z.B. wenn die Art der Tätigkeit mit einer stufenweisen Wiedereingliederung nicht vereinbar wäre, es für ihn zu unverhältnismäßig hohen Aufwendungen wegen der Durchführung käme oder eine begründete Befürchtung bestünde, dass der Gesundheitszustand des Klägers eine Beschäftigung entsprechend **diesem konkreten** Wiedereingliederungsplan nicht zulassen würde (vgl. zum letztgenannten Grund das BAG-Urteil v. 16.5.2019, 8 AZR 530/17).

Zu 4. Falsch

Der Arbeitnehmer kann, vollständige Genesung vorausgesetzt, natürlich seine vorherige Tätigkeit auch ohne diese Maßnahme wieder aufnehmen.

Zu 5. Falsch

Kann jederzeit von jedem einzelnen Beteiligten abgebrochen werden, wenn bspw. gesundheitliche Gründe einer Fortführung der stufenweisen Wiedereingliederung entgegenstehen würden.

16. Aufgabe

Enddatum der Entgeltfortzahlung ist der **28.05.2021**.

Erklärung laut abgedruckten Auszug: Wird ein Arbeitnehmer während des Arbeitstages arbeitsunfähig geschrieben, wird der erste Tag der Arbeitsunfähigkeit als Ereignistag **nicht** in die Sechs-Wochen-Frist mit einbezogen.

Nebenbei: Wäre Dr. Schulz bereits am ersten Tag der Arbeitsunfähigkeit vollständig ausgefallen, d.h. hätte er seine Schicht an diesem Tag gar nicht erst angetreten, so wäre der 16.04.2021 in die Sechs-Wochen-Frist miteinbezogen worden und das Fristende wäre einen Tag früher erreicht worden.

17. Aufgabe

Berechnung des kalendertäglichen Krankengeldes:

Dr. Schulz' Gehalt liegt über der relevanten BBG, daher sind als Berechnungsgrundlage lediglich 4.837,50 EUR (BBG) als Brutto heranzuziehen!

- a) 70 % von 4.837,50 EUR = 3.386,25 EUR
davon 1/30: 112,86 EUR kalendertäglich

Jetzt Vergleich:

- b) 90 % des Netto von Dr. Schulz 3.615,02 EUR = 3.253,518 EUR
davon 1/30: 108,4506 EUR kalendertäglich

D.h. Lösung = **108,45 EUR**, da das sich aus a) ergebende kalendertägliche Krankengeld den Betrag aus b) nicht überschreiten darf! (vgl. abgedruckten Gesetzestext aus § 47 SGB VI)

18. Aufgabe

Personen über 18 Jahre (!):

Zuzahlung für Arzneimittel, Verbandmittel: 10% des Abgabepreises, jedoch mindestens 5 bzw. höchstens 10 EUR pro Medikament, jedoch nicht mehr als die Kosten des Medikamentes/Verbandmittels selbst (vgl. hierzu auch den abgeordneten Gesetzesauszug!)

Daher:

AM: 76,10 EUR davon 10% = **7,61 EUR**

VM: 8,70 EUR davon 10% = 0,78 EUR, jedoch mindestens **5 EUR**

AM (Kind): Zuzahlungsfrei!

Zuzahlung insgesamt = 12,61 EUR

19. Aufgabe

DRG G23C:

02.10. – 08.10. → tatsächliche VD = 6 Tage (Entlasstag zählt nicht mit!) = Anzahl der Belegungstage

RVD = 2 – 7 Tage (laut Tabelle) → tatsächlich 6 Tage, also innerhalb der RVD! Kein Zu- bzw. Abschlag zu berechnen!

Pauschale:

3.750 EUR x 0,740 (BWR laut Tabelle) = **2.775 EUR**

20. Aufgabe

Gesetzliche Zuzahlung:

10 EUR/Tag x 7 Tage (bei Zuzahlungsberechnung zählt Entlasstag mit!) = 70 EUR

Herr Schubert hat jedoch in 20xx bereits für 23 stationäre KH-Tage eine Zuzahlung i.H.v. 23 x 10 EUR = 230 EUR bezahlt. Da die maximale Zuzahlung pro Kalenderjahr sich auf 280 EUR (≠ 28 Tagen) beläuft, muss er also nur noch **50 EUR** insgesamt an Zuzahlung für den o.g. Aufenthalt bezahlen.

21. Aufgabe

$$\text{Case-Mix-Index (CMI)} = \frac{\text{Case Mix}}{\text{Gesamtfallzahl}}$$

Der Case-Mix ergibt sich aus der Summe der Bewertungsrelationen (Relativgewichte) aller abgerechneten DRG-Fälle für einen bestimmten Zeitabschnitt.

$$\text{Case Mix (CMI)} = (27 \text{ Fälle} \times 0,740) + (8 \text{ Fälle} \times 1,581) = 19,98 + 12,648 = 32,628$$

$$\text{CMI} = \frac{32,628}{27 \text{ (Fälle)} + 8 \text{ (Fälle)}} = \mathbf{0,932}$$

22. Aufgabe

Vereinfacht lässt sich das Erlösbudget eines Krankenhauses folgendermaßen ermitteln:

$$\text{Erlösbudget} = \text{Case-Mix} \times \text{Landesbasisfallwert}$$

$$\text{Erlösbudget} = 32,628 \text{ (Zwischenergebnis aus Aufgabe 21!)} \times 3.750 \text{ EUR (aus der Situationsbeschreibung)} = \mathbf{122.355,00 \text{ EUR}}$$

23. Aufgabe

Abrechnungssystem	gilt für ...
EBM (Einheitlicher Bewertungsmaßstab)	<p>... die Abrechnung von ambulanten Leistungen von Vertragsärzten und Vertragspsychotherapeuten für GKV-Versicherte:</p> <ul style="list-style-type: none"> Einzeilleistungen, Pauschalen, Behandlungskomplexe Zuordnung einer bestimmten Punktzahl zu jeder aufgeführten abrechenbaren Leistung (bundesweit einheitlich). Festlegung eines definierten Eurobetrages pro 1 Punkt. <p>→ jährlich regional verhandelt zwischen zuständiger KV (Kassenärztlicher Vereinigung) und den entsprechenden Partnern auf Seiten der GKV (Grundlage: bundeseinheitlicher Orientierungswert)</p> <ul style="list-style-type: none"> Merke: Mehrzahl der EBM-Leistungen mengenmäßig begrenzt (→ Arzt kann diese Leistungen nur bis zur Höhe der für sein Fachgebiet geltenden „Budgetgrenze“ abrechnen → Unterteilung in „Töpfe“ getrennt für <ul style="list-style-type: none"> Hausärzte (Kinderärzte, Hausärztliche Internisten, Allgemeinärzte) Fachärzte (Augenärzte, Gynäkologen, Orthopäden, ...) <p>Leistungen, die der Arzt darüber hinaus erbringt, unterliegen einer Abstaffelung des Preises!</p> <p>Nebenbei: die GKV'en überweisen jährlich die zuvor regional ausgehandelte Höhe der (morbiditätsbedingten) Gesamtvergütung an die zuständige KV mit befreiender Wirkung, d.h. damit sind alle Leistungsansprüche gegenüber der GKV abgegolten. Die konkrete Festlegung der „Budgetgrenze je Topf“ (s.o.) obliegt der jeweiligen KV.</p> <ul style="list-style-type: none"> Arzt reicht seine von ihm erbrachten Leistungen in Form einer Auflistung der entsprechenden EBM-Ziffern quartalsweise bei der für ihn zuständigen KV ein und erhält im Gegenzug sein Honorar entsprechend des aktuellen Honorarverteilungsverfahrens.
GOÄ (Gebührenordnung für Ärzte)	<p>... die Abrechnung von ambulanten Leistungen für Ärzte, die ärztliche Leistungen außerhalb der vertragsärztlichen Versorgung anbieten („Privatversicherte“, „IGel“)</p> <ul style="list-style-type: none"> Verzeichnis von Einzeilleistungen bestimmte Punktzahl pro Leistung einheitlicher Punktwert in EUR Möglichkeit der Steigerung des Honorars (Bsp. Maximaler Höchstsatz: 3,5-fach bei persönlicher Arztleistung, allerdings nur mit schriftlicher Begründung!) Keine Budgetierung! Arzt rechnet direkt mit Patienten ab

Zu 1. Falsch Keine pauschale Aussage dazu möglich!

Zu 2. Falsch Der Punktwert der GOÄ ist zwar niedriger als der Punktwert des EBM, jedoch sind die Punktzahlen nicht pauschal immer „deutlich“ höher!

Zu 3. **Richtig** s.o.

Zu 4. Falsch Punktwerte nicht gleich! S.a. unter 2.!

Zu 5. Falsch S.o., lukrativere Vergütung ergibt sich aus z.B. Steigerungsmöglichkeit bei GOÄ, vorrangig Einzeilleistungsvergütung bei GOÄ, Definition Behandlungsfall (GOÄ: innerhalb von 4 Wochen, EBM innerhalb eines Quartals), etc.!

24. Aufgabe

Igel sind Leistungen im niedergelassenen Bereich, die

- nicht Bestandteil des Leistungskataloges* der GKV sind
- dennoch vom Patienten gewünscht werden („Leistungen auf Verlangen“)
- ärztlich empfehlenswert oder zumindest ärztlich vertretbar sind.

Sie werden zwischen Arzt und Patient gesondert vereinbart und sind vom Patienten selbst zu bezahlen.

*Merke: Die konkrete Ausgestaltung des Leistungskataloges der GKV wird vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) in verbindlichen Richtlinien festgelegt.

Achtung, hier wird die **falsche** Aussage gesucht!

Zu 1. **Richtig** Das Leistungsangebot der GKV muss (...) ausreichend, zweckmäßig (...) sein! (vgl. hierzu § 12 SGB V)

Zu 2. Falsch S.o.

Zu 3. Falsch S.o.

Zu 4. Falsch S.o.

Zu 5. Falsch S.o.

25. Aufgabe

Abrechnungssystem	Bereich
DRG	Akutkrankenhäuser
EBM	Ambulante vertragsärztliche Versorgung („Kassenpatienten“)
GOÄ	Abrechnung der ärztlichen Leistung außerhalb der vertragsärztlichen Versorgung („Privatpatient“, „Igel-Leistungen“)
GOZ	Gebührenordnung für Zahnärzte: sie bestimmt die Vergütung der zahnärztlichen Leistungen für Privatversicherte
U-GOÄ	Gebührenordnung für Ärzte zur Abrechnung mit der gesetzlichen Unfallversicherung im ambulanten Sektor

Die richtige Antwort lautet daher 4.

26. Aufgabe

Vergleiche hierzu ausführlich die Tabelle aus Aufgabe 23 zum Thema EBM!

Achtung, hier wird die **falsche** Aussage gesucht!

Die richtige Antwort lautet daher 3.

27. Aufgabe

Vergleiche hierzu ausführlich die Tabelle aus Aufgabe 23 zum Thema GOÄ!

Die richtige Antwort lautet daher 2.

28. Aufgabe

Die Finanzierung von Krankenhäusern erfolgt in Deutschland nach dem Prinzip der „Dualen Finanzierung“, ruht also auf 2 Säulen.

Die laufenden Betriebskosten werden durch die Krankenkassen (gesetzliche und private), sowie Patienten ohne Versicherung („Selbstzahler“) im Rahmen der Krankenhausvergütung (aktuell: DRG-System) getragen.

Die Investitionskosten werden hingegen aus Eigenmitteln (Rücklagen) und über öffentliche Fördergelder durch die Bundesländer finanziert. Im Rahmen der öffentlichen Förderung unterscheidet man zwischen

- **Einzelförderung** für bestimmte Investitionsmaßnahmen (nur auf Antrag)

Bsp.:

- Errichtung (Neu-, Um-, Erweiterungsbau) von Krankenhäusern, sowie die Erstaussstattung der zum Krankenhaus gehörenden Anlagegüter.
(Nebenbei: Kosten für **Grundstückserwerb** und **Grundstückerschließung** bleiben hiervon unberührt. Deren Übernahme wird i.d.R. von den Krankenhausträgern erwartet!)
- Wiederbeschaffung von langfristigen Anlagegütern.

und

- **Pauschalförderung** (regelmäßige, jährliche Zahlungen)

Bsp.:

- Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter
- „übliche“ Baumaßnahmen

Die richtigen Antworten lauten daher 1, 4.

29. Aufgabe

Zu 1. Falsch

Kernprozesse tragen direkt zur Wertschöpfung eines Unternehmens bei, es wäre daher sehr unklug diese Prozesse auszulagern, weil das Unternehmen damit keine direkte Kontrolle mehr über deren konkrete Durchführungen besitzt und obendrein u.U. wichtiges unternehmensinternes Know-How verliert.

Zu 2. Falsch

Ein Prozess beschreibt laut DIN EN ISO 9000 einen Satz von in Wechselbeziehung oder Wechselwirkung stehenden Tätigkeiten, der Eingaben in Ergebnisse umwandelt. Damit zeigt der PDCA-Zyklus definitiv eine Prozessorientierung auf.

Zu 3. **Richtig**

Prozessorientierung bedeutet „in (einzelnen) Prozessen zu denken“. Damit besteht die Möglichkeit, den Gesamtunternehmensprozess in kleinen Schritten und regelmäßig zu überprüfen bzw. zu optimieren und damit die Gesamtqualität zu verbessern.

Zu 4. Falsch siehe 3.

Zu 5. Falsch Eher umgekehrt! Eine gute Prozessqualität trägt sicherlich zu einer besseren Ergebnisqualität bei.

30. Aufgabe

Zu 1. Falsch

ein Analyseinstrument zur Priorisierung (z.B. ABC-Kunden-Analyse)

Zu 2. Falsch

graphische Darstellung der **Aufbauorganisation** eines Unternehmens

Zu 3. Falsch

graphische Darstellung von Größenverhältnissen

Zu 4. **Richtig**

In einem Flussdiagramm lassen sich die einzelnen Prozessschritte sehr übersichtlich und verständlich graphisch darstellen.

Zu 5. Falsch

graphische Darstellung der Aufteilung eines Ganzen in seine einzelnen Bestandteile

31. Aufgabe

Achtung, hier wird die **nicht** zutreffende Aussage gesucht!

- Zu 1. Falsch optimierte Prozesse minimieren u.a. die Fehlerquote: Qualität
 Zu 2. Falsch Eine stärkere Mitarbeiterorientierung trägt maßgeblich zur Mitarbeitermotivation und damit auch zu ihrer Zufriedenheit bei, sodass diese leistungsfähig bleiben.
 Zu 3. Falsch Eine bessere Patientenversorgung trägt zu einem positiven Image nach außen bei und sichert u.a. die Wettbewerbsfähigkeit ab!
 Zu 4. Falsch siehe unter 3. Wettbewerbsfähigkeit \triangleq Zukunftsfähigkeit des Unternehmens
 Zu 5. **Richtig** Auch wichtig, aber kein primäres Ziel des QM!

32. Aufgabe

Seit dem Jahr 2014 sind alle nach § 108 SGB V zugelassenen Krankenhäuser verpflichtet, jährlich einen strukturierten Qualitätsbericht zu erstellen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Ziel:

- Information und Orientierungshilfe für
 - Versicherte
 - Patienten
 - Ärzte
 - Krankenkassen
 - Möglichkeit für Krankenhäuser, ihre Leistungen nach außen transparent darzustellen
- Nebenbei: Der G-BA hat hierzu konkrete Regelungen zu Inhalt, Umfang und Datenformat dieses Qualitätsberichtes in einer speziellen Richtlinie zusammengefasst.
 (Vgl. § 136 b Abs. 1 Nr.3 SGB V)

Achtung, hier wird die **nicht** zutreffende Aussage gesucht!

Daher: Richtige Antwort 4.

33. Aufgabe

Wichtige Schritte im Kontext der Implementierung eines QM-Systems:

1. QM-Beauftragten und weitere verantwortliche Personen bestimmen
2. Aktuellen Stand betrachten: Ist-Analyse
3. Planung: Festlegung der Ziele, einzelne Prozessschritte, zeitliche Meilensteine, notwendige Ressourcen, evtl. Risiken
4. Konkrete Umsetzung der einzelnen Schritte
5. Überprüfung der Zielerreichung: Soll-Ist-Vergleich
6. Wenn notwendig: Planen und Ergreifen von Verbesserungsmaßnahmen

Die richtige Ziffernfolge lautet daher: 3-1-4-5-2

34. Aufgabe

Achtung, hier wird die **nicht** zutreffende Aussage gesucht!

- Zu 1. Falsch Ist-Analyse \triangleq Erheben des aktuellen Ist-Zustandes
 Zu 2. Falsch Soll-/Ist-Vergleich als Basis für eine sinnvolle Zielformulierung!
 Zu 3. Falsch Soll-/Ist-Vergleich als Basis für eine sinnvolle Zielüberprüfung!
 Zu 4. **Richtig** Plandaten \triangleq Soll-Werte!
 Zu 5. Falsch Ja, Bestandteil der Plan- bzw. Check-Phase!

35. Aufgabe

- Zu 1. Falsch Stichprobe zu klein, nicht systematisch ausgewählt!
 Zu 2. Falsch Abstimmung \triangleq verzerrtes, meist geschöntes Bild!
 Zu 3. Falsch Mitarbeiter können nicht für die Patienten antworten!
 Zu 4. Falsch Kontroverse Diskussion nicht zielführend!
 Zu 5. **Richtig** Systematisches Vorgehen, keine Beeinflussung der zu Befragenden \rightarrow produktive Ergebnisse!

36. Aufgabe

- a) Patienten, die **insgesamt** an der Befragung teilgenommen haben:

$$56 + 140 + 185 + 35 + 10 + 4 = 430$$

- b) Noten insgesamt zusammengezählt:

$$56 \times 1 + 140 \times 2 + 185 \times 3 + 35 \times 4 + 10 \times 5 + 4 \times 6 = 1105$$

- c) Durchschnittsnote

$$\text{Ergebnis aus b) / Ergebnis aus a) = „alle Noten zusammengezählt“ / Anzahl der Personen} = 1105 / 430 = 2,569 \approx 2,6$$